

**S t a d t H a a n**  
Niederschrift über die  
**3. Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses der Stadt Haan**  
am Mittwoch, dem 18.02.2015 um 17:15 Uhr  
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:  
17:15

Ende:  
20:00

**Vorsitz**

Stv. Bernd Stracke

**CDU-Fraktion**

Stv. Marlene Altmann

Stv. Nadine Bartz-Jetzki

AM Karl-Ernst Dörfler

AM Dr. Dieter Gräßler

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

Vertretung für AM Wolfgang Goeken

**SPD-Fraktion**

Stv. Simone Kunkel-Grätz

Stv. Jan-Hendrik Petersen

AM Michael Schneider

AM Ilkay Solmaz

**WLH-Fraktion**

Stv. Achim Metzger

AM Dieter Terjung

**GAL-Fraktion**

Stv. Jochen Sack

Stv. Elke Zerhusen-Elker

Vertretung für AM Silvia Ramsel

**FDP-Fraktion**

AM Dirk Raabe

**AfD-Fraktion**

AM Karin Rottmann

**Vertreter des Seniorenbeirates**

Herr Karlo Sattler

**Verwaltung**

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella

StOVR Udo Thal

TA Ute Eden

GSB Marion Plähn

**Vertreter der Kirchen**

AM Dr. Reiner Nieswandt

**Gäste**

Frau Gabi Bongard

Herr Hans-Werner Joormann

Herr Martin Sahler

Herr Dieter Smolka

**Der Vorsitzende Bernd Stracke** eröffnet um 17:15 Uhr die 3. Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung**

Vor der 3. Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses fand in der Zeit von 16.00 – 17.00 Uhr die Besichtigung der Landesfinanzschule statt. Hierbei anwesend war als Vertreterin des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW Frau Speer.

Zur Tagesordnung verständigt sich der Ausschuss darüber, TOP 3 vorzuziehen.

Zu Beginn der Sitzung werden das Schreiben der Fraktion Wählergemeinschaft Lebenswertes Haan vom 18.02.2015 zum TOP 3. (Anlage 1) und der Informationsbrief Nr. 1 / Flyer (Entwurf) der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten (Anlage 2) verteilt.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1./ Bericht des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan**

---

#### **Protokoll:**

Der Vertreter des Senior(inn)enbeirates, Herr Sattler, berichtet über den Fortgang der Arbeiten zum Sozialbericht und drückt die Hoffnung aus, eine erste Berichtsfassung vor / im Sommer vorlegen zu können.

Mit den ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten solle kooperativ zusammengearbeitet werden, hierzu werde es am 20.02. ein erstes Abstimmungsgespräch geben.

Zum Thema „Nette Toilette“ gäbe es 7 neue Teilnehmer, nunmehr auch an der Peripherie von Haan.

Für das Aufstellen zusätzlicher seniorengerechter Bänke im Stadtgebiet habe man zwei zusätzliche Sponsoren gewinnen können. Den Rat bitte er, seinen alten Beschluss betreffend des Neuen Marktes - neue Bänke müssten der Erstausstattung entsprechen - zu überdenken, da diese Bänke nicht seniorengerecht seien.

Die Arbeit des Gremiums im Sinne der Vernetzung sei umfangreicher geworden. Inzwischen werde im AK Soziale Stadt mitgearbeitet, auch erfolge eine Einbindung / Mitwirkung beim Thema „Seniorengerechte Quartiersentwicklung“. Hier sei die notwendige Datenerhebung bereits teilweise durch den Senior(inn)enbeirat erfolgt.

Vertreter mehrerer Ratsfraktionen erklärten, die Verwaltung solle das Thema „Bänke auf dem Neuen Markt“ prüfen. Das Thema „Öffentliche Toilette“ sei wichtig und dürfe nicht aus den Augen verloren werden.

---

**Beschluss:**

Der Bericht des Senior(inn)enbeirates wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

---

**2./ Bericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Stadt Haan**

**Protokoll:**

Die ehrenamtliche Behindertenbeauftragte, Frau Bongard, führt aus, das Team habe die satzungsbedingten Formalien geregelt, so sei sie zur Sprecherin und Herr Smolka zum stellvertretenden Sprecher bestimmt worden, die Aufgabenverteilung sei erfolgt.

Ab März würden Sprechstunden in Haan und Gruiten im 14tägigen Wechsel durchgeführt.

Entwickelt worden sei ein Flyer, der im März in der Öffentlichkeit verteilt und auf der städtischen Homepage eingestellt werde. Ebenso werde in regelmäßigen Abständen ein Info-Brief auf der städtischen Homepage veröffentlicht.

**Beschluss:**

Der Bericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**2.1. Bericht aus dem Arbeitskreis "Soziale Stadt Haan"**

/

---

**Protokoll:**

Herr Pfarrer Dr. Nieswandt berichtet über die Aktivitäten des AK „Soziale Stadt Haan“. Ein erstes Treffen habe am Donnerstag vor der Haaner Kirmes 2014 stattgefunden. Rd. 30 Teilnehmer, Vertreter verschiedener Träger, viele Ehrenamtliche und auch Bürgerinnen und Bürger seien anwesend gewesen. Gebildet worden seien die vier AK-Untergruppen, und zwar „Flüchtlinge“, „Senioren“, Jugendliche“ und „Bedürftige“.

---

Heraus stellt er die besondere ehrenamtliche Tätigkeit von Frau Brüntrup mit ihrem Team, die innerhalb von wenigen Wochen eine funktionierende Kleiderkammer aufgebaut hätte.

Zum AK Senioren sei festzuhalten, dass in 20 Jahren jeder 10. Haaner ca. 80 Jahre alt sei. Insbesondere für ältere Menschen gäbe es in Haan nicht ausreichend geeigneten und bezahlbaren Wohnraum. Er bitte den Ausschuss, diese Problemstellung auf die To-do-Liste zu setzen.

Den AK Jugend betreffend führt er aus, eine koordinierte Jugendarbeit sei unverzichtbar auch unter dem Aspekt der Prävention gegen Radikalisierung.

Im AK Bedürftige sei die Überlegung entwickelt worden, einen Dachverband mit e.V.-Charakter zu bilden.

Um alle ehrenamtlichen Aktivitäten koordinieren zu können, wird das Erzbistum Köln eine Personalressource „Ehrenamtskoordinator“ finanzieren, die für die Städte Erkath, Haan und Hilden voraussichtlich beim Caritasverband angegliedert werde.

AM Raabe ergänzt, der AK Flüchtlinge sei mit vielen ehrenamtlich Tätigen auf breiter Basis z. B. in den Bereichen Sprachkurse, internationales Cafe, Begleitung in Behördenangelegenheiten, sportliche Aktivitäten in Kooperation mit Sportvereinen, tätig.

### **Beschluss:**

Der Bericht aus dem Arbeitskreis „Soziale Stadt Haan“ wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

## **3./ Unterbringung von Flüchtlingen - Aktueller Sachstand - Aussprache nach Besichtigung der Landesfinanzschule Vorlage: 51/040/2015**

---

### **Protokoll:**

1. Bgo. Formella führt in die Vorlage ein, berichtet über die aktuelle Entwicklung, zum Umsetzungssachstand der Ratsbeschlüsse betreffend die Standorte Neandertalweg, Leichlinger Straße, Kampheider Straße sowie des Hauses „Westfalen“ der Landesfinanzschule und gibt einen Ausblick auf die Einplanung im Verwaltungsentwurf für den Haushalt 2015.

Sie führt aus, die Verwaltung sehe sich in der Pflicht, wie bisher, zur kontinuierlichen Berichterstattung über die Entwicklungen. Bei der Einschätzung der in 2015 zu erwartenden Flüchtlingszahlen sowie bei der entsprechenden Haushaltsplanung seien veränderte Rahmenbedingungen, wie z. B. die Festlegung sicherer Drittstaaten und der erleichterte Zugang zum Arbeitsmarkt, berücksichtigt worden. Derzeit gehe man für Ende 2015 von 290 und Ende 2016 von 360 Flüchtlingen aus. Sollten die Maßnahmen des Bundes / Landes nicht greifen, werde die Verwaltung spätestens nach

---

der Sommerpause nachbessern und ggf. zusätzliche Beschlüsse herbeiführen.

Sie dankt der Polizei und Caritas für die enge und gute Zusammenarbeit.

Der Vertreter des Caritasverbandes, Herr Sahler, führt aus, die Stadt Haan gehe mit Planung, Entwicklung und Umsetzung positiv um. Dies gilt besonders auch für die Standards in den Unterkünften, die durchweg als angemessen zu betrachten sind, auch wenn wegen der teilweisen räumlichen Enge nicht mehr überall Gemeinschaftsräume vorgehalten werden können.

Auch positiv zu vermerken sei, dass am Standort Landesfinanzschule nicht mehr als 60 Flüchtlinge im Haus „Westfalen“ / max. rd. 100 Flüchtlinge bei einer ggf. stattfindenden Teilbelegung des Hauses „Rheinland“ zur Unterbringung vorgesehen sind. Ein Mehr schafft Konfliktsituationen sowohl zwischen den Flüchtlingen, als auch gegenüber den Anwohnern.

Lobens- und anerkennungswert sei das große soziale ehrenamtliche Engagement in Haan, auf breiter Basis gäbe es Hilfsangebote zur Betreuung der Flüchtlinge.

Der Vorsitzende leitet zu der vor der Sitzung durchgeführten Besichtigung der Landesfinanzschule über und bittet die Verwaltung um eine zusammenfassende Ausführung.

TA Eden erläutert, die Landesfinanzschule umfasse im Wesentlichen drei Gebäude, das größte Haus „Rheinland“ umfasse rd. 3.800 qm Nutzfläche, das Haus „Westfalen“ und das an der Kaiserstraße gelegene Schulungsgebäude jeweils rd. 1.800 qm Nutzfläche.

Das Haus „Westfalen“ könne zur Unterbringung von bis zu 60 Flüchtlingen hergerichtet werden. Das Gebäudemanagement habe sich den Standortort betreffend auf dieses Gebäude konzentriert. Der erforderliche Nutzungsänderungsantrag sei vorbereitet, hierfür sei nunmehr die hiesige Bauaufsicht Genehmigungsbehörde.

Das aus 2002 stammende Brandschutzkonzept sei zu überarbeiten, zur Ertüchtigung gäbe es am 19.02.2015 einen ersten Termin.

Sie erläutert die räumliche Herrichtung und führt aus, die vorhandenen sanitären Anlagen seien unter Zugrundelegung der üblichen Standards für rd. 70 Personen ausgelegt und entspräche vergleichbarer anderer Unterkünfte.

Nach Unterzeichnung des Mietvertrages werde die Verwaltung parallel zum Bauantrag mit der Herrichtung beginnen. Den Herrichtungsaufwand wolle man so gering wie möglich halten, auch im Sinne einer schnellen Verfügbarkeit, eine Nachrüstung bei Bedarf sei jedoch möglich.

Das Haus „Rheinland“ könne theoretisch bis zu rd. 130 Personen aufnehmen. Für dieses Haus existiere ein älteres Brandschutzkonzept, das ggf. zu aktualisieren sei. Nach einer ersten Einschätzung müsse mit größeren Brandschutzmängeln gerechnet werden. Gegenüber dieser Angelegenheit werde die Umsetzung des Ratsbeschlusses zu den Standorten Neandertalweg und Leichlinger Straße als vorrangig betrachtet.

Auf Frage von Stv. Sack, ob eine Teilnutzung des Hauses „Rheinland“ unproblematischer sei, führt sie aus, grundsätzlich sei eine Teilnutzung möglich, erfordere jedoch eine detaillierte Prüfung. Sie weise darauf hin, dass der Gebäudezuschnitt und das Erdgeschoss unübersichtlich seien.

Auf Frage von Stv. Kunkel-Grätz, wie die in der Vorlage genannten Instandhaltungs-

---

kosten ermittelt worden seien, führt sie aus, Grundlage für die Berechnung sei ein Richtwert der KGSt mit differenzierter Berechnungsformel für Bestandsgebäude. Den geschätzten Aufwand halte sie daher für einigermaßen realistisch.

1. Bgo. Formella führt aus, die Verwaltung strebe den Mietbeginn 01.03.2015 an, vertragliche Details seien jedoch noch zu klären. Bis zur ersten Belegung müsse mit einer zweimonatigen Herrichtungszeit gerechnet werden.

Die Verwaltung beabsichtige, vor einer ersten Belegung die Anwohner, möglichst Ende März, umfassend zu informieren und mit diesen in den Dialog zu gehen, vergleichbar wie am Standort Bachstraße.

Betreffend die Diskussion um das Haus „Rheinland“ weise sie darauf hin, dass der Ratsbeschluss vom 03.02.2015 zur Nutzung der Landesfinanzschule für Flüchtlinge und die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Herrichtung von Unterbringungsplätzen nur das Haus „Westfalen“ betreffen.

Auf Frage von AM Schneider hinsichtlich des Termins zur Freizehung der provisorischen Unterkunft Bachstraße erklärt 1. Bgo. Formella aus, die Beendigung des Provisoriums bis Ende 2016 sei politischer Wille, um der dortigen Kindertageseinrichtung eine Entwicklungsperspektive zu geben sowie städtebauliche Angelegenheiten bzw. den Vermarktungsprozess angehen zu können. Sofern die Flüchtlingszuzüge auf dem hohen Niveau bleiben sollten, sei ggf. über einen zusätzlichen Standort für Flüchtlinge nachzudenken.

Der Vorsitzende führt aus, es solle über eine Info-Veranstaltung hinaus den Anwohnern sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zur Besichtigung des hergerichteten Gebäudes gegeben werden. Wenn es um das Haus „Rheinland“ gehe, solle in den Haushalt 2015 eine Verpflichtungsermächtigung eingestellt werden, um sich eine Handlungsoption für die Zukunft zu erhalten. Er bitte die Verwaltung um Auskunft, ob zur nächsten Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses am 12.05.2015 betreffend das Haus „Rheinland“ eine Vorlage erstellt werden könne und wie die Notwendigkeit zu einem zusätzlichen Hausmeistereinsatz gesehen werde.

TA Eden erklärt, die Arbeitssituation lasse die vorlagenmäßige Aufbereitung für das Haus „Rheinland“ nicht zu, es sei denn, es werde anderes „geschoben“.

1. Bgo. Formella führt aus, eine zusätzliche Hausmeisterstelle sei erforderlich im Hinblick auf die Anzahl der Standorte (Ellscheid, Düsseldorfer Straße, Bachstraße Elberfelder Straße, Dieker Straße sowie Heidfeld und Dellerstraße für Wohnungslose) und Entwicklung der Flüchtlingszahlen auch unabhängig von der Landesfinanzschule. Die Verwaltung werde einen entsprechenden Vorschlag für den Stellenplan 2015 unterbreiten. Der Vorsitzende regt eine andere Lösung, wie die Beauftragung eines Dritten, nach Klärung an.

1. Bgo. Formella führt weiter aus, zum vorliegenden Mietvertrag sei festzustellen, dass die Laufzeit über drei Jahre definiert sei mit einer Verlängerungsoption für ein Jahr. Es bestehe somit die Notwendigkeit rechtzeitig zu klären, was nach dieser Zeit werde.

Der Vorsitzende regt an, den Beschluss, der nur die Kenntnisnahme beinhalte, zu ergänzen um die Empfehlung an den Rat, in den Haushalt 2015 einen finanziellen „Merkposten“ einzustellen.

Stv. Sack erklärt, es solle für die Teilnutzung des Hauses „Rheinland“ ein Planungs-

---

kostenansatz in den Haushalt 2015 eingesetzt werden, jedoch solle nicht von der angesprochenen Obergrenze von rd. 100 Flüchtlingen an einem Standort abgewichen werden. Es dürfe nicht zu Verschiebungen zwischen den Standorten kommen.

Stv. Metzger führt aus, wenn für den Standort die Obergrenze auf rd. 100 Flüchtlinge festgesetzt werde, solle für die Teilnutzung des Hauses „Rheinland“ ein Planungskostenansatz für 30 – 40 Personen im Haushalt 2015 Berücksichtigung finden.

1. Bgo. Formella fasst die bisherige Diskussion zusammen und führt aus, um eine Option für die künftige Teilnutzung des Hauses „Rheinland“ zu erhalten, sei ein empfehlender Beschluss an den Rat angezeigt. Dieser könne lauten:

„Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem Rat, in den Haushalt 2015 einen Planungskostenansatz, der im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015 noch zu konkretisieren ist, für eine Teilnutzung des Hauses Rheinland der Landesfinanzschule einzustellen und mit einem Sperrvermerk zu versehen.“

Stv. Mentrop und Stv. Morwind erklären, es sei unklar, in welchem Umfang mit weiteren Flüchtlingszuweisungen zu rechnen sei. Die CDU-Fraktion habe diese Angelegenheit betreffend das Haus „Rheinland“ nicht beraten können, es werde Beratungsbedarf angemeldet und Vertagung beantragt.

Der Vorsitzende unterbricht von 18:35 - 18:45 Uhr die Sitzung.

Stv. Sack erklärt, er sehe keinen Bedarf für eine neue inhaltliche Diskussion. Die Notwendigkeit, heute über den formulierten Ergänzungsbeschluss abzustimmen sei eindeutig. Man befinde sich in einer schwierigen Situation und es sei wichtig, auf der sicheren Seite zu sein.

Der Vorsitzende führt aus, ein Planungskostenansatz sei als Option für die Handlungsfähigkeit zu betrachten, wenn die Flüchtlingszahlen weiter steigen.

Stv. Mentrop erklärt, der Ergänzungsbeschluss verändere die Haushaltssituation, dies erfordere Beratung in der Fraktion. Bei Abstimmung heute über den Ergänzungsbeschluss werde die CDU-Ratsfraktion nicht dagegen stimmen, sie werde sich enthalten.

Die weiteren Ausführungen der anderen Ratsfraktionen machen deutlich, dass sie dem Vertagungsantrag der CDU-Ratsfraktion nicht folgen werden.

Stv. Kunkel-Grätz erhebt den formulierten Ergänzungsbeschluss für die SPD-Ratsfraktion zum Antrag.

Der Vorsitzende lässt getrennt abstimmen:

### **Beschluss:**

1. Der Sozial- und Integrationsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Der Vertagungsantrag der CDU-Ratsfraktion betreffend den Ergänzungsbeschluss zum Haus „Rheinland“ wird abgelehnt.
3. Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem Rat, in den Haushalt 2015

---

einen Planungskostenansatz, der im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015 noch zu konkretisieren ist, für eine Teilnutzung des Hauses Rheinland der Landesfinanzschule einzustellen und mit einem Sperrvermerk zu versehen.

**Abstimmungsergebnis:**

zu 1.) einvernehmlich

zu 2.) 10 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen

zu 3.) 10 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen

**4./ Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld für Mitglieder des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan - Antrag des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan vom 21.01.2015  
Vorlage: 51/041/2015**

---

**Beschluss:**

Den am 25.05.2015 gewählten Mitgliedern des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan werden Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder analog der Stadtverordneten der Stadt Haan (§ 5 Abs. 1 und 2 der Hauptsatzung der Stadt Haan in der am 01.06.2014 in Kraft getretenen Fassung) gewährt, jedoch die Aufwandsentschädigung im Umfang von 50 %.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**5./ Seniorengerechte Quartiersentwicklung  
Vorlage: 51/042/2015**

---

**Protokoll:**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein und begründet das Vorhaben.

Auf Fragen von Stv. Kunkel-Grätz, ob die Förderung durch den Kreis zeitlich befristet sei und AM Dr. Gräßler, wann mit den Arbeiten betreffend die anderen Quartiere zu rechnen sei, führt die Verwaltung aus, die Förderung sei zunächst für die Zeit der Konzepterstellung sowie auf das Jahr 2015 begrenzt. Quartiersentwicklung über Mittelhaan hinaus könne im Hinblick auf erforderliche und vorhandene Ressourcen nur Zug um Zug erfolgen.

Stv. Sack weist darauf hin, Quartiersentwicklung gehe über die vom Kreis angestoßenen Themen hinaus. Betreffend Demografie, es handele sich um eine Querschnitts-

---

angelegenheit und eine Federführung bestehe nicht, seien keine Maßnahmen / Folgen erkennbar. Der Verwaltung stünden derzeit keine Ressourcen zur Verfügung, ehrenamtlich seien diese Themen nicht zu bearbeiten. Über die Wahrnehmung der Querschnittsaufgabe durch die Verwaltung sei die Beratungsfunktion gegenüber dem Rat, z. B. bei der Stadtplanung, von besonderer Bedeutung.

Stv. Mentrop führt aus, Quartiersentwicklung / Demografie seien Themen für die kommenden Jahre. In diesem Kontext halte er die Bereiche „Wohnen“ und „Dienstleistungen“ für besonders bedeutsam. Um älteren Menschen den Verbleib im bekannten sozialen Umfeld zu ermöglichen, sei der Vereinsamung gegenzusteuern, hierbei sei eine intakte und gestärkte Nachbarschaftshilfe sehr wichtig.

Der Vorsitzende erläutert, die Angelegenheit könne am 24.02. im UA Organisation, Personal und Controlling diskutiert werden. Die Politik habe das Thema Demografie als Querschnittsaufgabe erkannt, es sei unbefriedigend, dass in der Verwaltung kein entsprechender Gegenpart da sei. Er sehe nicht, dass die demografische Entwicklung in der Verwaltung Widerhall fände, hier bedarf es einer veränderten Organisation.

### **Beschluss:**

Der Sozial- und Integrationsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung, einschließlich des Rohkonzept zur seniorenrechtlichen Quartierentwicklung vom 10.01.2015 (Anlage 1), zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **6./ Anfragen**

---

### **Protokoll:**

AM Schneider bittet um Auskunft, wie der aktuelle Sachstand zur Angemessenheit der Miethöhe - derzeit 5,50 €/q- – im Rahmen der Sozialleistungsgewährung sich darstellt.

Die Verwaltung führt aus, der Kreis prüfe derzeit die Frage der Angemessenheit auf Grund der örtlichen Verhältnisse / des örtlichen Wohnungsmarktes.

## **7./ Mitteilungen**

---

### **Protokoll:**

Es liegen keine Mitteilungen vor.